



Presseschau vom 04.01.2017:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

De.sputniknews.com: Die Türkei und Russland arbeiten zurzeit gemeinsam an Maßnahmen gegen die Verletzer des Waffenstillstandes in Syrien. Das teilte die Agentur Reuters am Mittwoch unter Verweis auf den türkischen Außenminister Mevlüt Cavusoglu mit.

Am 29. Dezember hatten die syrische Regierung und die Opposition ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen, das am 30. Dezember 00.00 Uhr in ganz Syrien in Kraft trat. Das Abkommen war unter Vermittlung Russlands, der Türkei und des Iran ausgehandelt worden. Darüber hinaus vereinbarten die Seiten Kontrollmaßnahmen und erklärten sich zu Friedensverhandlungen bereit.

Russland und die Türkei treten als Garanten der Waffenruhe auf; sie haben einen eigenen „Heißen Draht“ eingerichtet, um den Verlauf des Waffenstillstandes zu besprechen, sagte der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu.

Das Kommando der syrischen Armee bestätigte, dass diese die Kampfhandlungen in Syrien seit diesem Datum eingestellt habe. Laut Schoigu haben sich sieben bewaffnete oppositionelle Gruppierungen mit einer zahlenmäßigen Stärke von insgesamt 62.000 Mann der Waffenruhe angeschlossen.

Gruppierungen, die dieses Dokument bisher nicht unterzeichnet haben, „werden als terroristisch eingestuft“; gegen sie wie auch gegen Dschabhat Fatah asch-Scham (ehemals

AI-Nusra-Front) werde weiter vorgegangen.

Ukrinform: Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine äußerte per Facebook seine Empörung über die Aussage der Kandidatin für das Präsidentschaftsamt Frankreichs, Marine Le Pen, dass die Annexion der Krim legitim war.

„Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine drückt seine Empörung darüber aus, dass sich eine der Präsidentschaftskandidaten in Frankreich Marine Le Pen Aussagen zur Unterstützung der vorübergehenden Besetzung und Versuchen zur Annexion der Autonomen Republik Krim und Sewastopol durch Russland erlaubt“, geht aus der Erklärung des ukrainischen Außenministeriums hervor.

Das Ministerium erinnert daran, dass die Annexion alle zivilisierten Länder der Welt verurteilt und Frankreich zusammen mit anderen G-7-Partnern und die EU Sanktionen gegen Russland verhängt hatten.

„Mit Äußerungen, die voll die Kreml-Propaganda wiederholen, zeigt die französische Politikerin die Respektlosigkeit für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine und ignoriert völlig die grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts“, betonte das Ministerium. Die ukrainische Außenbehörde bringt auch zur Kenntnis, dass solche Aussagen „Folgen haben werden“.

de.sputniknews.com: Aufgedeckt: So verbreitet Washington Fake-News durch führende US-Medien

Der jüngste Artikel in der US-Zeitung „The Washington Post“ (WP) über mutmaßliche „russische Hacker“ hat gezeigt, wie einfach es ist, Fake-Informationen mithilfe führender Medien zu verbreiten, schreibt „Forbes“-Autor Kalev Leetaru.

Am 30. Dezember hatte WP einen Artikel unter dem Titel „Russische Hacker sind über Vermonter Unternehmen in US-Stromnetz eingedrungen– amerikanische Beamte“ veröffentlicht. Der Zeitung zufolge hatten die Hacker Schadcodes im Computersystem der Firma Burlington Electric hinterlassen.

Später wurde der Beitrag jedoch korrigiert: Es hatte sich herausgestellt, dass der Zeitpunkt sowie die Umstände des Eingriffs bislang unbekannt sind. Auch das Unternehmen bestritt den Eingriff. Laut Vertretern von Burlington Electric hatte man die Schadsoftware auf nur einem Laptop entdeckt, der unter anderem nicht einmal an das gemeinsame Netzwerk angebunden war.

„Die Geschichte über russische Hacker, die tief ins US-Stromnetz eingedrungen waren und bereit sind, die Nation mit einem Schalterdruck in Dunkelheit zu versetzen, hat sich auf einmal in eine Erzählung über einen Laptop mit einer Schadsoftware verwandelt, welcher überhaupt nicht am Netz war“, schreibt der „Forbes“-Journalist.

Dabei betont Leetaru, WP habe die Erklärung von Burlington Electric gesehen und erst anderthalb Stunden später seinen Artikel geändert. Dies zeuge davon, dass die Zeitung nicht einmal versucht habe, vor der Veröffentlichung des Beitrags Vertreter des Unternehmens zu kontaktieren und die Fakten zu überprüfen.

„Es scheint, dass eine gewisse Quelle in der Regierung der Zeitung eine Sensation über Russen ‚abgeladen‘ hat, die das US-Stromnetz gehackt haben sollen. Anstatt sich an das Energieunternehmen zu wenden und die Einzelheiten klarzustellen, hat sie (die Zeitung – Anm. d. Red.) die Geschichte einfach so veröffentlicht, wie die Beamten sie präsentiert haben“, so der Journalist weiter.

Aber auch nach allen Änderungen sah die Überschrift auf der WP-Seite laut Leetaru folgendermaßen aus: „Im Rahmen einer russischen Operation wurde ein Energieunternehmen in Vermont gehackt – Beamte“. So sei der Titel auch in den sozialen Medien verbreitet worden. Dies habe auch deshalb sehr große Bedeutung, weil Benutzer von sozialen Netzwerken meist nur auf die Überschrift achten und einen Artikel nur selten lesen, so der Journalist.

Am 3. Januar berichtete „The Washington Post“, die Angaben über einen Cyberangriff sowie die Entdeckung einer Schadsoftware bei Burlington Electric hätten sich nicht bestätigt. Wie sich herausgestellt habe, fand ein Firmenmitarbeiter eine IP-Adresse verdächtig. Nach einer Überprüfung sei klar geworden, dass es eine gewöhnliche Adresse gewesen sei, die weder mit Hackern noch mit Russland in Zusammenhang stand.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30685/09/306850972.jpg>

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **dreimal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der LVR mit. Das Gebiet von **Kalinowka** wurde aus Richtung Swetlodarsk und Luganskoje mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Aus Richtung Lobatschewo wurde **Sholtoje** mit Mörsern der Kalibers 82mm beschossen.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und die Folgen

„Von 18:00 bis 1:00 haben ukrainische Soldaten 87 Mörsergeschosse des Kalibers 82 und 120mm auf **Trudowskije, Alexandrowka am westlichen Rand von Donezk, Krutaja Balka im Jasinowataja-Bezirk, die Umgebung des Volvo-Zentrums im Norden der Hauptstadt und das Dorf Leninskoje im Nowoasowskij-Bezirk** im Süden des Landes abgeschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Nach Angaben der Quelle wurden von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte einige hundert Geschosse mit Panzertechnik und Granatwerfern abgeschossen.

„Gegen 23:00 hat die ukrainische Seite das Feuer mit Granatwerfern und Schusswaffen auf den Kontroll- und Passierpunkt „Majorsk“ bei Gorlowka eröffnet“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen.

Ukrinform: Die Krim-Sanktionen gegen Russland sollen bis zur Deokkupation der Halbinsel aufrecht erhalten werden. Das sagte der ukrainische Außenminister, Pawlo Klimkin, in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem österreichischen Außenminister und OSZE-Vorsitzenden Sebastian Kurz am Mittwoch in Mariupol.

„Das ist sehr wichtig und ich will das betonen, dass die Sanktionen, die gegen Russland wegen der vorübergehenden Besetzung der Krim verhängt wurden, bis zum Zeitpunkt bleiben sollen, bis Russland die Krim verlässt“, erklärte Klimkin.

Der ukrainische Minister sagte weiter, man könnte über die Aufhebung der EU-Sanktionen,

über andere Dinge seitens der EU reden, wenn Russland die Vereinbarung von Minsk erfüllen werde. „Das ist ganz einfach, entweder ist „Minsk“ umgesetzt und die Sanktionen werden aufgehoben, oder „Minsk“ ist nicht umgesetzt, und dann soll man andere Mittel finden, vielleicht eine Verschärfung der Sanktionen, vielleicht andere Druckmittel, damit Russland „Minsk“ erfüllen wird“. Klimkin betonte dabei, in dieser Frage gebe es „keine Differenzen“ zwischen den Positionen der Ukraine und EU.

de.sputniknews.com: Aleppo: Russische Sprengstoffexperten vereiteln großen Terroranschlag

Russische Sprengstoffexperten haben in Aleppo einen LKW der Terroristen mit etwa 300 Kilo Sprengstoff gefunden. Das sagte der Leiter des Zentrums für Minenräumung der russischen Streitkräfte, Igor Michailik, am Mittwoch in einem Interview mit russischen Medien.

Ihm zufolge wollten die Extremisten die Bombe in ein paar Tagen, nach der Rückkehr der Zivilisten in die Stadt, zur Explosion bringen.

„Der Lkw wurde wie ein ‚Dschihad-Mobil‘ bestückt und in einem dicht besiedelten Wohnviertel stengelassen. Er sollte gegen Mittag gesprengt werden, wenn sich hier Autos und Zivilisten einfinden“, so Michailik.

Der Terroranschlag war ihm zufolge gründlich geplant. Obwohl die Sprengstoffexperten Spezialgeräte für die Entschärfung der Bombe einsetzen mussten, gelang es ihnen nicht, sie vor Ort zu entminen. Der verminte LKW musste auf einen Übungsplatz gebracht und dort vernichtet werden.

Nach erbitterten Gefechten hatte die syrische Armee am 13. Dezember die wichtige Großstadt Aleppo im Norden des Landes zu 98 Prozent unter ihre Kontrolle gebracht. Einen Tag davor war es der Terrormiliz Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) gelungen, die antike Oasenstadt Palmyra im zentralen Syrien zurückzuerobern.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31396/96/313969687.jpg>

Dan-news.info: Das Ministerium für ökonomische Entwicklung der DVR führt im Januar mehr als 69 Märkte in den Städten und Bezirken der Republik durch.

„Wir laden alle Einwohner und Gäste der DVR ein, die Märkte zu besuchen, die im Januar 2017 stattfinden werden. Insgesamt sind 67 Märkte geplant, sie werden die Käufer mit einem breiten Sortiment von Produkten zu erschwinglichen Preisen erfreuen, die unter anderem von örtlichen Produzenten produziert werden“, teilte das Ministerium mit.

43 der Märkte werden in den Bezirken von Donezk durchgeführt, neun in Schachtjorsk, sieben in Torez, vier in Sneshnoje und je einer in Gorlowka, Shdanowka, Surgres und Charzysk. Die Veranstaltungen beginnen am 5. Januar mit Märkten in den Bezirken

Budennowskij, Kujbyschewskij und Kiewskij von Donezk und in Sneshnoje.

de.sputniknews.com: US-Nachrichtendienste verschieben Sonderbriefing zu Russland – Trump ist erstaunt

Der designierte US-Präsident Donald Trump hat sich erstaunt gezeigt über die Verschiebung des Briefings über die angebliche Verwicklung Russlands in die Hackerangriffe auf politische US-Einrichtungen.

„Das Briefing der Nachrichtendienste über das sogenannte „russische Hacken“ wurde auf Freitag verschoben. Vielleicht braucht man mehr Zeit, um den Fall zu begründen. Sehr merkwürdig!“, schrieb Trump am Mittwoch in seinem Twitter-Account.

Am Dienstag hatte Sean Spicer, den Trump für den Posten des Sprechers des Weißen Hauses nominiert hat, bekanntgegeben, dass das Briefing diese Woche stattfinden soll. Dies werde allerdings erst dann passieren, wenn der scheidende Präsident Obama einen entsprechenden Schlussbericht der Geheimdienste erhalten hat.

Am Montag hatte Spicer in einem Interview für den TV-Sender Foxnews gesagt, die US-Nachrichtendienste hätten dem designierten Präsident bislang keine überzeugenden Beweise für die Beteiligung Russlands an den Hackerangriffen auf die Server politischer US-Einrichtungen bereitstellen können.

Am 29. Dezember 2016 hatte Washington Sanktionen gegen russische Unternehmen sowie den russischen Inlandsgeheimdienst FSB und die Armeeaufklärung GRU verhängt. Zudem hatten die USA 35 russische Diplomaten zu Personae non-grata erklärt und des Landes verwiesen. Die US-Behörden bringen diese Maßnahmen mit Hackerangriffen auf US-Einrichtungen in Zusammenhang, derer die US-Regierung Russland verdächtigt.

Die russischen Behörden hatten diese Vorwürfe mehrmals zurückgewiesen. Kremlsprecher Dmitri Peskow bezeichnete die jüngsten Anti-Russland-Sanktionen als Aggression.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30917/15/309171526.jpg>

Nachmittags:

de.sputniknews.com: US-geführte Koalition zerstört Infrastruktur Syriens systematisch seit

2012 – Moskau

Washington versucht „sich für die Zukunft abzusichern“, weil die USA sich für ihre Handlungen in Syrien verantworten werden müssen, sagte am Mittwoch der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, im Zusammenhang mit den CIA-Vorwürfen, Russland nutze die Taktik der verbrannten Erde.

Dabei erinnerte der Militärsprecher daran, dass die „von den USA angeführte internationale Koalition systematisch seit 2012 die Infrastruktur Syriens zerstört hat, um seine legitime Regierung maximal zu schwächen, und das trotz einer Bedrohung für die zivile Bevölkerung“.

Unter anderem betonte Konaschenkow, die Luftangriffe der US-geführten Koalition hätten keine Ölobjekte der Terrormiliz Daesh (auch IS, „Islamischer Staat“) getroffen, was dazu geführt habe, dass die Terroristen durch illegalen Ölverkauf monatlich Dutzende Millionen Dollar verdienen und mit diesem Geld Söldner aus der ganzen Welt rekrutieren konnten. „Früher oder später wird man sich dafür verantworten müssen. Deshalb wird der Versuch von Herrn Brennan (CIA-Chef John Brennan – Anm. d. Red.), die Zukunft abzusichern, kaum helfen. Die realen Ergebnisse der russischen Handlungen in Syrien sind John Brennan gut bekannt. Speziell für die CIA und ähnliche Sonderbehörden haben wir diese (die Ergebnisse – Anm. d. Red.) im Rahmen eines Abschlusskollegiums des Verteidigungsministeriums Russlands zusammengestellt“, so der Sprecher.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31375/92/313759278.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Die Soldaten der 54. Brigade, die in krimineller Weise Nowoluganskoje besetzt haben, rüsten dort die Positionen technisch aus, um dort schwere Waffen zu stationieren“, teilte Marotschko mit.

„Außerdem wurden Personal, Panzer und Artillerie des Gegners in den genannten Bereich verlegt“, fügte er hinzu.

Der Major unterstrich, dass diese Tatsache „eine weiterer Schlag ins Gesicht der Weltgemeinschaft und insbesondere der internationalen Friedensorganisationen ist“.

„Wir wenden uns ein weiteres Mal an die Vertreter der OSZE-Mission mit der Forderung, auf die politische Führung der Ukraine einzuwirken, deren kriminellen wirtschaftlichen Interessen dem vernünftigen Denken und den Vereinbarungen zur Lösung des Konflikts widersprechen“, sagte Marotschko.

Nowoluganskoje ist ein Vorort von Swetlodarsk, von wo am 23. Dezember Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte das Artilleriefeuer auf Wohngebiet von Debalzewo eröffnet hatten. Er teilte auch mit, dass trotz der relativen Ruhe die Aufklärung der Volksmiliz weiter eine

Verstärkung der Positionen der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Kontaktlinie feststellt.

„Im Gebiet von Popasnaja sind zwei Lastwagen mit Personal in Begleitung von Panzertechnik eingetroffen, das Personal der ukrainischen Streitkräfte hat Kisten mit Munition für Schusswaffen ausgeladen, danach ist die Panzertechnik in Richtung Petrowskoje gefahren“, sagte der Major.

„Im Zusammenhang mit dem niedrigen moralisch-psychischen Zustand der Soldaten der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte und der allgemeinen Weigerung, militärische Aufgaben im Bereich von Sisoje und des Waldstücks Scharow Kut zu erfüllen, ist eine Abteilung des „Rechten Sektors“ mit 40 Mann auf die Positionen der 14. mechanisierten Brigade verlegt worden“, sagte Marotschko.

„Diese Aktivitäten bestätigen die Absicht der Strafruppen, die Zahl der Provokationen und Beschüsse in diesem Bezirk zu vergrößern“, unterstrich Marotschko.

Der Major merkte an, dass die Volksmiliz die Minsker Friedensvereinbarungen trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte einhält.

„Unsere Abteilungen tun ununterbrochen militärischen Dienst, führen Maßnahmen zur militärischen Ausbildung und zur Aufrechterhaltung einer hohen Kampffähigkeit aus, um jede beliebige Provokation und Aggression von Seiten der ukrainischen Strafruppen abzuwehren“, versicherte er.

De.sputniknews.com: Österreich wird dem Donbass humanitäre Hilfe im Wert von zwei Millionen Euro zur Verfügung stellen, teilte der OSZE-Vorsitzende und österreichische Außenminister Sebastian Kurz am Mittwoch in seinem Twitter-Profil mit.

Zuvor reiste Kurz in das ostukrainische Kriegsgebiet, wo er unter anderem die Waffenstillstandslinie besuchte. Der österreichische Diplomat wolle sich ein Bild von der aktuellen Lage vor Ort machen, hieß es.

Österreich hat mit dem Jahreswechsel den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) von Deutschland übernommen. Österreich wolle seine traditionelle Brückenfunktion zwischen Ost und West für vertrauensbildende Maßnahmen nutzen, so Kurz.

Dnr-online.ru/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR:

Bericht des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die ukrainischen Soldaten haben in den letzten 24 Stunden **1233 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Dabei hat der Gegner 125 Mörsergeschosse des Kalibers 82 und 120mm sowie 1110 Geschosse mit verschiedenen Arten von Granatwerfern abgeschossen. Außerdem wurden Panzertechnik und Schusswaffen verwendet.

Von Seiten der ukrainischen Terroristen unter Führung der Kommandeure der 53., 72., 92. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Grusewitsch, Nikoljuk, Sokolow und des Kommandeurs der 36. Marineinfanteriebrigade Deljatizkij wurden folgende Ortschaften der Republik beschossen: **Sajzewo, Gorlowka, Shelesnaja Balka, Jasinowataja, Krutaja Balka, Shabitschewo, Alexandrowka, Kominternowo, Sachanka, Leninskoje und die Siedlung Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk.**

Unsere Aufklärung stellt weiterhin eine Verstärkung der Positionen der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Kontaktlinie fest. So im Gebiet der Ortschaften:

- Nowoselowka Wtoraja, 3 km von der Kontaktlinie, es wurde die Stationierung von drei Mörsern des Kalibers 120mm bemerkt;
- Granitnoje, 0,5 km von der Kontaktlinie, es wurde die Ankunft von drei Panzern bemerkt;
- Wodjanoje, 4 km von der Kontaktlinie, es wurde die Stationierung von drei Mörsern des Kalibers 120mm entdeckt.

Die Informationen über Verletzungen der Minsker Vereinbarungen wurden den Vertretern des

Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination und der OSZE-Mission übergeben. Außerdem wurde von uns die Ankunft von zwei Gruppen einer Einheit zum Kampf gegen Unterwasserdiversionskräfte und -mittel der Marinestreitkräfte der Ukraine auf dem Gebiet der Mariupoler Reparaturwerft festgestellt. Der Kommandeur der Gruppierung „Mariupol“ Oberst Moskaljow stellt dem Kommandeur der Einheit die Aufgabe, Diversionen an den südlichen Grenzlinien der Republik durchzuführen. Der Kommandeur der Einheit weigerte sich, die Aufgabe, die für seine Einheit fachlich nicht passt, durchzuführen und das Leben friedlicher Bürger in Gefahr zu bringen.

So zieht also das ukrainische Militärkommando zur Durchführung von Diversionen und Provokationen entlang der Kontaktlinie Soldaten heran, die für die Durchführung solcher Aufgaben fachlich nicht zuständig sind, aufgrund dessen, dass das Personal der für solche Aufgaben vorgesehenen Abteilungen nicht dazu bereit ist.

Unsererseits will ich erklären, dass die Volksmiliz der DVR trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen die Minsker Vereinbarungen einhält.

Unsere Abteilungen leisten ununterbrochen ihren militärischen Dienst, führen Maßnahmen zur militärischen Ausbildung durch und sind bereit, wenn es notwendig ist, beliebige Provokationen und Aggressionen von Seiten der ukrainischen Strafruppen abzuwehren.

Ukrinform: Kurz sieht Waffenruhe als Grundlage für Lokalwahlen im Donbass

Ein Waffenstillstand könne die Basis für eine effektive Tätigkeit der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine sein. „Das kann die Basis sein, wie sie schon gesagt haben, für die Durchführung von freien und fairen Wahlen.“, so Kurz.

Sebastian Kurz sei mit dem derzeitigen Status Quo im Donbass unzufrieden. Er sehe aber keine Alternative zu den Minsker Vereinbarungen. „Die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden. Minsk ist die einzige Basis, die wir haben,“, sagte er.

De.sputniknews.com: Die Friedensverhandlungen zur Regelung der Syrien-Krise finden am 23. Januar in Astana statt. Das teilte die Agentur Bloomberg am Mittwoch unter Verweis auf den türkischen Außenminister Mevlüt Cavusoglu mit.

Zuvor hatte Cavusoglu gesagt, dass russische Experten am 9. und 10. Januar die Türkei besuchen, um die Vorbereitung auf die Syrien-Gespräche abzustimmen...

de.sputniknews.com: Hightech-Raketenschild: Russland schließt Lücken im Frühwarnsystem
Der russische Raketenabwehrschild bekommt Verstärkung, berichtet die Online-Zeitung „gazeta.ru“. Russlands Verteidigungsministerium stellt in diesem Jahr drei neue Radarstationen in Dienst und zieht damit ein engmaschiges Schutznetz gegen feindliche Flugkörper über russischem Territorium auf.

Drei neue Radarstationen vom Typ Woronesch seien erfolgreich getestet worden. Die staatliche Erprobung der neuen Anlagen, die in den Städten Orsk, Barnaul und Jenissejsk stationiert sind, sei damit abgeschlossen, berichtet das News-Portal unter Berufung auf Angaben des Verteidigungsamtes.

2017 sollen die Frühwarnstationen in den regulären Dienst genommen werden, meldete der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu auf einer Ministeriumssitzung dem Präsidenten Wladimir Putin im vergangenen Dezember.

Durch den Anschluss dieser neuen Radaranlagen an das russische Raketen-Frühwarnnetz können die Streitkräfte des Landes erstmals in ihrer Geschichte einen lückenlosen Abwehrschild entlang der Landesgrenzen aufspannen. Der Schutzschild werde alle strategischen Richtungen und potentiell möglichen Flugbahnen ballistischer Flugkörper abdecken, betonte der Verteidigungsminister.

Drei weitere Frühwarnstationen – im weißrussischen Baranowitschy und den russischen

Städten Olenegorsk und Petschory – seien modifiziert worden, sagte Schoigu. Nächstens sollen alle Radarstationen des ehemals sowjetischen Raketen-Frühwarnsystems mit den neuen Anlagen vom Typ Woronesch ausgerüstet werden. Dadurch sollen die Möglichkeiten des russischen Systems zur Erfassung und Verfolgung ballistischer Flugkörper erheblich gesteigert und dessen bodengestützte Komponenten auf russischem Territorium konzentriert werden.

Das ehemals einheitliche Raketen-Frühwarnnetz der UdSSR zerfiel nach dem Ende der Sowjetunion: der Großteil seiner Anlagen blieb auf dem Gebiet Lettlands, der Ukraine, Aserbajdschans und Kasachstans. Einige dieser Stationen konnte Russland aufgrund entsprechender Vereinbarungen mit den Ex-Sowjetrepubliken weiter nutzen. Andere hingegen wurden stillgelegt oder gar gesprengt, wie die Frühwarnstation im lettischen Skruna im Jahr 1995.

Dabei hatte das Frühwarnnetz schon zu Sowjetzeiten deutliche Lücken: Der nordöstliche Sektor des Landes lag gänzlich frei und ungeschützt. Um auch diesen Abschnitt zu sichern, wurde in den 1970er und 80er Jahren der Bau einer weiteren Station im sibirischen Krasnojarsk begonnen. Die noch unvollendete Anlage wurde jedoch auf Anweisung Michail Gorbatschows zerstört: die Amerikaner drängten den sowjetischen Präsidenten dazu unter Berufung auf den ABM-Vertrag von 1972.

Somit erbte Russland von der Sowjetunion ein Frühwarnsystem mit klaffenden Lücken, das die nationale Sicherheit nicht im vollem Umfang garantieren konnte. In den auf das Ende der Sowjetunion folgenden Jahren gab es für die Modernisierung des Systems praktisch kein Geld. Erst in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre wurde der Bau neuer Stationen begonnen. Die Woronesch-Systeme sind modular aufgebaut. Sie bestehen aus einem Sende- und Empfangsmodul, einer Aktiven Phased-Array-Antenne und weiteren Modulen für die technische Ausrüstung und das Bedienpersonal. Die gesamte Anlage wird in Containern geliefert, die als Baugruppen vor Ort zu einem System zusammengesetzt werden. Das Herz der Anlage: Ein Hochleistungsrechner, der statt einer ganzen Etage wie früher nur noch den Platz von zwei Spinden einnimmt. Dabei sind die Woronesch-Radare ausgesprochen energieeffizient: Nur 0,7 Megawatt verbraucht solch eine Station – 50 Mal weniger als etwa die Anlage im ehemals sowjetischen Aserbajdschan, deren Versorgung eigens von einem Wasserkraftwerk sichergestellt werden musste.

Die Woronesch-M arbeitet im Meterbereich und erreicht damit eine Reichweite von 6.000 Kilometern. Die Version Woronesch-DM ortet ballistische Flugkörper im Dezimeterbereich bis zu 6.000 Kilometer weit und 8.000 Kilometer hoch. Bis zu 500 Objekte kann jede Station gleichzeitig erfassen und verfolgen.

Ist die gesamte Woronesch-Serie einmal im Betrieb, werden noch bestehende Lücken in nordwestlicher, südwestlicher, südlicher und südöstlicher Richtung geschlossen, die als besonders gefährdet gelten. Damit wird der russische Raketenschild alle Himmelsrichtungen abdecken, was selbst der Sowjetunion nicht gelang.

Die Modernisierung des russischen Frühwarnnetzes scheint dringend geboten, denn der potentielle Gegner stellt neue Hyperschallflugkörper mit gelenkten Gefechtsköpfen in Dienst, heißt es im Gazeta.ru-Beitrag. Solche Ziele müssen permanent verfolgt werden – im Gegensatz zu bisherigen ballistischen Raketen, die maximal drei Mal geortet werden müssen, um ihre weitere Flugbahn berechnen zu können.

Eine Weiterentwicklung des russischen Frühwarnsystems stellt das Woronesch-WM-Radar da. Diese Hochfrequenzanlage arbeitet ebenfalls im Meterbereich. Bis Ende 2018 soll das neue Radar auf der Kola-Halbinsel stationiert werden, wo es eine seit Jahrzehnten ihren Dienst verrichtende Anlage ablösen soll. Von der ersten Woronesch-Version unterscheidet sich diese Modifikation durch die erhöhte Anzahl an Sende- und Empfangsmodulen. Damit steigt allerdings auch der Energieverbrauch des Radars auf 10 MW. Die noch in Entwicklung befindliche Woronesch-SM wird für den Zentimeterbereich konzipiert.

Der moldawische Präsident Igor Dodon und der Chef der international nicht anerkannten Republik Transnistrien, Wadim Krasnoselski, sind im transnistrischen Bendery zusammengekommen. Das teilte der Pressedienst von Krasnoselski am Mittwoch mit. Das ist das erste Treffen auf dieser Ebene seit acht Jahren.

Der transnistrische Republikchef zeigte sich vor der Begegnung zuversichtlich, dass es bei dem Treffen gelinge, einen positiven Dialog anzubahnen, um „zur Lösung der existierenden Probleme beizutragen“.

„Obwohl wir uns bei dem Treffen nur kennenlernen, gibt es uns die gute Möglichkeit, konkrete Fragen für deren weitere Lösung zu markieren“, so Krasnoselski.

Dodon gratulierte Krasnoselski zu seinem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen und betonte dabei, ein moldawischer Präsident habe Transnistrien erstmals seit 2008 besucht.

„Das ist das erste Treffen seit acht Jahren. Es haben sich viele Fragen angehäuft, die zu lösen sind“, sagte Dodon.

Es geht ihm zufolge vor allem um Fragen, die die Bürger Transnistriens und Moldawiens betreffen.

Dodon, der bei der Präsidentschaftswahl Mitte November gewonnen hatte, trat sein Amt am 23. Dezember offiziell an. Noch während seines Wahlkampfes hatte Dodon versprochen, die Transnistrien-Frage anzugehen.

Bei der Präsidentschaftswahl am 11. Dezember hatte der transnistrische Parlamentschef Wadim Krasnoselski mit 62 Prozent der Wählerstimmen einen klaren Sieg errungen.

Transnistrien ist der östlich des Dnjestrs gelegene Teil Moldawiens. Nach der Unabhängigkeit Moldawiens im Jahre 1991 erklärte auch das mehrheitlich von Russen und Ukrainern bewohnte Transnistrien seine Unabhängigkeit, da eine Eingliederung Moldawiens in Rumänien im Gespräch war.

Der Streit mit der moldawischen Regierung mündete in einen militärischen Konflikt, der durch die Vermittlung Russlands beigelegt werden konnte. Internationale Friedenskräfte sichern seit 1992 den Waffenstillstand in Transnistrien (offiziell „Transnistrische Moldawische Republik“), das heute ein autonom agierender, international aber nicht anerkannter De-facto-Staat ist.

(Foto: rusvesna.su)



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/prezident_moldavii_igor_dodon_i_glava_pridnestrovyia_vadim_krasnoselskiy.jpg?itok=6PxffDcA

de.sputniknews.com: Elvira Nabiullina ist laut dem britischen Magazin „The Banker“ die beste Zentralbankchefin Europas. Die Ökonomin habe Russland aus der Finanzkrise gebracht. In diesem Jahr erwarte das Land ein Wirtschaftswachstum.

„Die Zentralbank Russlands hat mit ihrer Arbeit in den vergangenen Jahren das Land aus der Wirtschaftskrise und der Abwertung des Rubels sowie den Problemen der Bankbranche gebracht. Die starke Hand der Chefin der Kreditorganisation, Elvira Nabiullina, hat dem Land geholfen, die Schwierigkeiten zu überwinden, was ihm 2017 ermöglichen wird, zum Wirtschaftswachstum zurückzukehren“, so das Magazin.

Unter anderem betont die britische Zeitschrift, der Ökonomin sei es gelungen, dass die Inflation zurückgeht und sich die Bankbranche erholt. Beides sei eine Errungenschaft.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30435/43/304354331.jpg>

ukrinform: Der ukrainische Präsident, Petro Poroschenko, hat am Neujahr-Briefmarathon „Wir sind stärker als die Gitter des Kremls“ teilgenommen und Briefe an die in Russland und auf der Krim inhaftierten Staatsbürger der Ukraine geschrieben. Das teilte der Nachrichtenagentur Ukrinform Olexandra Matwijtschuk von der Initiative „Euromaidan SOS“, die der Briefmarathon veranstaltet, mit.

Matwijtschuk zufolge habe der Staatschef Briefe an alle ukrainischen Staatsbürger aus der Liste der Kampagne LetMyPeopleGo, darunter an den Mitarbeiter von Ukrinform Roman Suschtschenko geschrieben. Nach ihren Angaben seien derzeit mindestens 36 Staatsangehörige der Ukraine in Russland aus politischen Motiven inhaftiert. 10 Fälle würden von „Euromaidan SOS“ überprüft. Diese Menschen seien mit gefälschten Beweisen des Terrorismus, des Separatismus, des Extremismus, der Spionage und der Sabotage beschuldigt worden. Die meisten hätten keinen Zugang zu Rechtschutz und zu medizinischer Versorgung gehabt. Viele von ihnen seien schrecklichen Foltern unterzogen worden. Unter ihnen seien mehrfache Eltern, Rentner, Menschen mit chronischen Krankheiten, Menschenrechtler, Künstler, Journalisten.

Dr-news.com: In den ukrainischen Streitkräften will man die Aufmerksamkeit auf die professionelle Besetzung des Offizierskorps richten

Der Oberkommandierende der Streitkräfte der Ukraine Armeegeneral Wiktor Mushenko erklärte, dass das Hauptziel der Kaderpolitik für 2017 die qualitative Besetzung der Offiziere sein wird, erklärte am Mittwoch der Pressedienst des Verteidigungsministeriums des Landes...

Ihm zufolge benötigt die Armee der Ukraine nicht nur in ausreichendem Maße qualifizierte Menschen, sondern Spezialisten, die Verantwortung übernehmen und Lösungen für schwierige Probleme suchen können, aber auch Menschlichkeit im Umgang mit Untergebenen zeigen.

„Viele unserer Offiziere werden im Ausland ausgebildet. Unsere Aufgabe ist es, sie auf Positionen zu setzen, wo sie maximalen Nutzen bringen können. Ihre Erfahrung ist für die Armee sehr wichtig. Wir haben ausreichend Befehlsausführende, aber nicht genug wirkliche Führungskräfte“, fügte Mushenko hinzu.

de.sputniknews.com: Die Enthüllungsplattform WikiLeaks hat eine Belohnung für Informationen über den Verlust von wichtigen Unterlagen der Regierung von Barack Obama ausgesetzt. Dies ergibt sich aus einer Mitteilung, die im Twitter-Account der Organisation veröffentlicht wurde.

„Wir setzen 20.000 US-Dollar Belohnung für Informationen aus, die die Verhaftung oder Entlarvung eines beliebigen Beamten der Obama-Regierung auslösen können, der bedeutende Daten vernichtet“, hieß es

Zuvor hatte WikiLeaks eine E-Mail veröffentlicht, in der mitgeteilt wurde, es sei eine zwei Terabyte große Festplatte mit vertraulichen Daten über die Mitarbeiter der Regierung von Clinton verlorengegangen...